



Reihe Deutsch-Französische Strategiegespräche

----- 6 -----

Winfried Veit / Jean-Pierre Maulny

Krisenstrategien für Europa

Oktober 2006

Winfried Veit

Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung

Jean-Pierre Maulny

Stellvertretender Leiter des Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS)

Inhalt

Einleitung

Europa auf dem Weg zu einer eigenen Zentralasienstrategie

Die Krise im Nahen Osten

Nato-Gipfel in Riga – Die Zukunft der Atlantischen Allianz

Programm der 15. deutsch-französischen Strategiegelgespräche

Einleitung

Deutschland hat im ersten Halbjahr 2007 die europäische Ratspräsidentschaft inne. Neben vielen anderen Themen soll in dieser Zeit auch eine europäische Zentralasienstrategie verabschiedet werden, die vom Auswärtigen Amt erarbeitet wird. Verantwortlich dafür ist Staatsminister Gernot Erler als ausgewiesener Zentralasienkenner, der gemeinsam mit dem neuen EU-Sonderbotschafter für Zentralasien, Pierre Morel, bei den 15. deutsch-französischen Strategiegelgesprächen in Berlin am 25. und 26. Oktober 2006 die Konturen einer solchen Strategie umriß. Die Bedeutung Zentralasiens und damit für eine europäische Strategie liegt vor allem in drei Bereichen: Energieversorgung, Terrorismusbekämpfung und Drogenhandel. Die zunehmende Diskussion um die Energieabhängigkeit von Russland und die energiepolitischen Pressionen Moskaus gegenüber der Ukraine und Georgien; die Zuspitzung der Lage in Afghanistan, wo unter anderem auch deutsche und französische Truppen im Rahmen der NATO gegen die wieder erstarkten Taliban im Einsatz sind; und damit zusammenhängend der zunehmende Drogenschmuggel von Afghanistan durch Zentralasien nach Europa macht die Bedeutung der Region für Europas Sicherheit offensichtlich. Doch können nicht nur geopolitische und geostrategische Überlegungen eine Rolle spielen; eine europäische Zentralasienstrategie muß natürlich auch die Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten in den überwiegend autoritären Staaten der Region einbeziehen.

Auch im Hinblick auf den Nahen Osten erschiene eine neue Krisenstrategie angebracht, wie die Diskussionen der Berliner Strategiegelgespräche zeigten. Dort hat sich die Lage in der letzten Zeit dramatisch verschlechtert: im Irak tobt faktisch ein Bürgerkrieg mit täglich dutzenden von Toten; die Intervention Israels im Libanon und die sich verschärfenden Auseinandersetzungen mit den Palästinensern lassen wenig Hoffnung auf Frieden zu; und die unnachgiebige Haltung Irans im Atomstreit erhöht die Spannungen in der Region. Dennoch könnte aus der Krise auch die Einsicht für Veränderungen wachsen; die EU, beflügelt durch ihre Führungsrolle im Rahmen der UNIFIL-Mission, scheint fähig und bereit, eine wichtigere politische Rolle im Nahen Osten zu übernehmen und die USA und Israel scheinen eine solche Rolle nicht mehr rundweg abzulehnen.

Das dritte Thema, mit dem sich die Strategiegelgespräche beschäftigten, war die Zukunft der Atlantischen Allianz aus Anlaß des NATO-Gipfels in Riga. Auch dort ging es um Krisen und adäquate Strategien, zum Beispiel um die sich verschlechternde Lage in Afghanistan und entsprechende Forderungen der anderen Verbündeten gerade an Deutschland und Frankreich nach einem stärkeren militärischen Engagement. Schließlich ging es auch um die globale Rolle der NATO und mögliche Allianzen im asiatisch-pazifischen Raum.

Europa auf dem Weg zu einer eigenen Zentralasienstrategie

Eine europäische Zentralasienstrategie stellt nach den Worten von Gernot Erler eine Ergänzung der strategischen Partnerschaft mit Russland sowie der Europäischen Nachbarschaftspolitik mit der Ukraine, Moldawien und den kaukasischen Staaten dar. Ebenso wenig wie letztere darf sie in Moskau nicht als gegen die russischen Interessen gerichtet verstanden werden. Es handelt sich um keine „Reorganisation des postsowjetischen Raumes im europäischen Sinne“ sondern um die Verfechtung legitimer europäischer Interessen, die in der strategischen Bedeutung Zentralasiens vor allem in drei Punkten begründet sind:

- mit seinen riesigen Öl- und Gasvorkommen und den existierenden oder im Bau befindlichen Pipelines ist die Region für die Energieversorgung Europas von großer Bedeutung – gerade auch angesichts der Debatte um die Energieabhängigkeit von Russland und der Tatsache, daß die meisten Ölvorkommen in Krisenregionen, wie dem Nahen Osten oder Afrika, liegen;
- nach dem 11.9.2001 hat sich auch ihre Bedeutung für die internationale Terrorismusbekämpfung erhöht – als Nachbarregion Afghanistans, wo die Taliban wieder erstarkt sind, als möglicher Rückzugs- und Durchgangsraum für islamistische Terroristen und nicht zuletzt auch als Transitraum für die NATO-Truppen in Afghanistan;
- mit der zunehmenden Destabilisierung Afghanistans hat dort die von Taliban und lokalen warlords geförderte Opiumproduktion wieder zugenommen; die Drogen gelangen überwiegend auf dem Weg über Zentralasien nach Europa.

Eine europäische Zentralasienstrategie, die Sicherheit und Stabilität in der Region anstrebt, muß laut Gernot Erler mindestens sechs Bereiche umfassen:

- Kooperation im Bereich Sicherheit, die auf eine funktionierende Staatlichkeit zur Eindämmung von organisierter Kriminalität und Terrorismus abzielt;
- Dies muß ergänzt werden durch eine von „good governance“ geprägte innere und rechtsstaatliche Entwicklung;
- Dauerhafte und nachhaltige Sicherheit wird am ehesten durch die regionale Zusammenarbeit der zentralasiatischen Länder gewährleistet;
- Wirtschaftliche Entwicklung, etwa durch Förderung von Auslandsinvestitionen, und energiepolitische Kooperation zum Wohle beider Seiten ergänzen die sicherheitspolitische Komponente;
- Förderung einer umfassenden Bildungsinitiative angesichts einer Bevölkerung, in der mehr als 50 Prozent unter 26 Jahre alt sind;
- Neue Formen des politischen Dialogs, etwa in Form regelmäßiger Treffen der europäischen und zentralasiatischen Außenminister.

Erler verwies darauf, daß die europäische Zentralasienstrategie in Absprache mit den dortigen Ländern erarbeitet werde. Ihre Bedeutung liege auch darin, zu einer Stabilisierung Afghanistans beizutragen, indem die zentralasiatischen Staaten zu einer „aktiven Afghanistan-Politik“ bewegt werden sollen. Im übrigen sei eine Verbesserung der sozialen Lage die beste Prävention gegen die Rekrutierung von Terroristen.

Pierre Morel schloß sich im wesentlichen den Ausführungen Erlers an und zeigte sich gerade im Hinblick auf die deutsch-französische Zusammenarbeit in Sachen Zentralasienstrategie optimistisch. Die Chance für eine verbesserte Kooperation mit Zentralasien ist jetzt da und muß ergriffen werden; in ein paar Jahren kann sich die Lage verändern. Die Chance ist auch deshalb da, weil die zentralasiatischen Gesellschaften nicht nur asiatisch sind sondern durch die lange russisch-sowjetisch Herrschaft „auf den Weg nach Europa“ gebracht wurden. Allerdings gibt es bei der Umsetzung einer europäischen Zentralasienstrategie auch Probleme:

- es ist schwierig, die Realitäten in Zentralasien richtig einzuschätzen, da es sich dort um wenig offene Gesellschaften handelt;
- die vorgesehenen Finanzmittel für die Umsetzung der Strategie sind völlig unzureichend;
- wegen der Energiefrage muß Rücksicht auf Russland genommen werden, gerade auch was die Streckenführung der Pipelines anbelangt.

In der Diskussion wurde auf die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern der Region hingewiesen, die in einer europäischen Zentralasienstrategie berücksichtigt werden müssen. So ist die regionale Integration zwar eine „europäische Lieblingsidee“, doch wollen die einzelnen Staaten nach erst vor kurzem errungener Unabhängigkeit zunächst ihre nationale Identität bewahren und als Nationalstaaten Partner Europas sein. Wenn aber Zentralasien gar keine einheitliche Region ist, so hat dies auch Konsequenzen für eine Zentralasienstrategie. Schließlich befinden sich die zentralasiatischen Länder in

einer wegen der Energie- und Sicherheitsfragen starken Position: die Europäer brauchen sie, aber brauchen sie auch die Europäer? Unter diesen Bedingungen scheint es zweifelhaft, daß die Zentralasiaten auf die Forderungen nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingehen. So gibt es innerhalb der Europäischen Union Länder, die eine Zusammenarbeit mit einzelnen Staaten der Region für zweifelhaft halten. Doch gibt es Hebel, an denen man ansetzen kann. So möchte Kasachstan – ohnehin das am weitesten fortgeschritten Land Zentralasiens – im Jahre 2009 die Präsidentschaft der OSZE übernehmen und muß dafür weitere Vorbedingungen an demokratischer Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit und Achtung von Menschenrechten erfüllen. Usbekistan will nach dem Massaker von Andishan aus der Isolierung heraus und es ist an der Sicherung seiner Grenzen gegen terroristische Infiltration interessiert, ebenso wie die anderen Länder der Region. Hier könnten die Europäer entsprechende Angebote machen und damit eine „win-win-Situation“ herbeiführen.

Doch dieser verhalten optimistische Ansatz wird konterkariert durch einen Blick auf die Nachbarschaft und die Einfluß nehmenden Großmächte: Afghanistan, Iran, Irak und die Kurdenfrage sind nicht die ideale Umgebung für eine friedliche und demokratische Entwicklung. Russland und China versuchen, ihren Einfluß zu erhalten beziehungsweise auszubauen, und beide haben dabei nicht vorrangig Demokratie und Menschenrechte im Sinn. Kein einfaches Feld also für eine europäische Zentralasienstrategie.

Die Krise im Nahen Osten

Referenten wie Diskussionsteilnehmer zeichneten ein düsteres Bild der Lage im Nahen Osten. Der Krieg Israels gegen die Hizbullah im Sommer 2006, die an Anarchie grenzende Lage im Irak, die verzweifelte Situation in den palästinensischen Gebieten, die andauernde Nuklearkrise um den Iran und die gespannte Lage im Libanon machen den Nahen Osten zu einem Pulverfaß, das jederzeit explodieren kann. Dennoch sieht André Gärber, Nahost-Referatsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Anzeichen für eine Wende ähnlich wie 1991, als dem Golfkrieg die Madrider Friedenskonferenz folgte. „Auch heute müssen sich die externen und regionalen Akteure umorientieren und nach Auswegen aus der politischen Sackgasse suchen, die zu einem weiteren Krieg in der Region führen kann.“

Folgende Indikatoren für eine mögliche Wende gibt es laut Gärber:

- Nachdem auch der Rückzug aus dem Libanon und dem Gaza-Streifen keine dauerhafte Sicherheit brachte, braucht Israel eine neue Agenda, um zu einem nachhaltigen Frieden mit den arabischen Nachbarn zu kommen;
- Die Palästinenser befinden sich seit dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 in einer mittlerweile katastrophalen Lage und benötigen eine Zukunftsperspektive;
- Die gemäßigten Regime der sunnitischen Staaten (vor allem Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien) brauchen angesichts der militärischen Stärke der schiitischen Hizbullah einen diplomatischen Erfolg im israelisch-arabischen Konflikt, um einen weiteren Legitimitätsverlust zu verhindern;
- Die Hizbullah kann ihren Sonderstatus im Libanon auf Dauer nicht behalten;
- Syrien will aus der Isolation herauskommen, in die es sich seit 2001 teilweise selbst hinein manövriert hat;
- Die immer tiefer in den irakischen Sumpf versinkenden USA brauchen angesichts ihres massiven Ansehensverlustes und der zunehmenden Eskalation im Atom-Konflikt mit dem Iran einen diplomatischen Erfolg in der Region;
- Die Europäische Union zeigt mit ihrer Führungsrolle im Rahmen der UNIFIL-Mission Stärke und scheint fähig und bereit, eine wichtigere Rolle im Nahen Osten zu übernehmen.

Allerdings ist es noch ein weiter und dorniger Weg bis zu einer umfassenden Friedensregelung im Nahen Osten. Viele Voraussetzungen müssen erfüllt und eine ganze Reihe politischer Prozesse muß angestoßen und umgesetzt werden. Mit der Benennung dieser Voraussetzungen und Prozesse liefert Gärber zugleich Bausteine für eine zukünftige europäische Nahoststrategie:

- *Libanon stärken:* Voraussetzung für die innere Befriedung des Libanon ist die Wiederaufnahme des internen Dialogs über die volle Implementierung des Taif-Abkommens von 1989 und der Resolution 1559 des UN-Sicherheitsrates. Die Entwaffnung der Hizbullah und mithin die Wiederherstellung des Gewaltmonopols des libanesischen Staates kann nur gelingen, wenn der Hizbullah im Gegenzug genügend Anreize angeboten werden;
- *Syrien einbeziehen:* ohne aktive Einbindung Syriens bleiben die internationalen Bemühungen um eine Stabilisierung des Libanon Stückwerk. Syrien wird aber nur dann bereit sein, seine „Störenfried-Rolle“ im Nahen Osten (vor allem die Unterstützung der Hizbullah) aufzugeben, wenn es durch amerikanischen Druck auf Israel zu ergebnisliefernden Verhandlungen über den Golan kommt und die EU wie Saudi-Arabien zusätzliche finanzielle Anreize liefern;
- *Iran integrieren:* eine konstruktive Rolle des Iran im Nahost-Konflikt ist nur dann zu erwarten, wenn im Atomstreit ein Kompromiß gefunden wird, der auch aus iranischer Sicht gesichtswahrend ist. Vorschläge für eine erfolgreiche Deeskalation sind zum Beispiel die Uran-Anreicherung unter Kontrolle der Internationalen Energieagentur, die Einrichtung einer ABC-Waffenfreien Zone im Nahen Osten und ein Abkommen über die Reichweiten-Begrenzung von Trägersystemen;
- *Irak stabilisieren:* die einzige Option, um Bürgerkrieg und Staatszerfall zu verhindern, ist die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit unter Einbeziehung aller relevanten Bevölkerungsgruppen, der Abzug der ausländischen Truppen und die grundlegende Revision der derzeitigen Verfassung. Ein schiitisches Regime im Irak würde zu einer Zunahme des sunnitischen Extremismus führen, der sowohl den Einfluß des Westens und die Präsenz ausländischer Truppen abschütteln als auch die sunnitische Dominanz in der Region wiederherstellen will;
- *Den Nahost-Friedensprozeß wieder beleben:* für alle genannten Konflikte ist die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes entscheidend. Auch die Glaubwürdigkeit und Legitimität westlicher Nahostpolitik können nur wiederhergestellt werden, wenn das internationale Quartett den Friedensfahrplan (road map) von 2003 umsetzt. Gleichzeitig stellt eine Konfliktlösung die notwendige Voraussetzung für die Liberalisierung und Demokratisierung der arabisch-islamischen Welt dar.

Diese letztere Einschätzung wird von Pascal Boniface, Leiter des IRIS, geteilt, wobei er insgesamt jedoch zu einer wesentlich pessimistischeren Einschätzung kommt. Alle Konflikte im nahöstlichen Raum haben sich in den letzten Jahren verschlimmert. Dabei hat Frankreich an Einfluß verloren und betreibt keine aktive Nahostpolitik mehr, auch weil es dabei nicht von Deutschland unterstützt wird, das wegen seiner historischen Verantwortung gegenüber Israel in dieser Hinsicht gelähmt ist. Dagegen wird eingewandt, daß Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Nahen Osten engagiert ist und sich vor allem bemüht, Syrien in die Gespräche einzubeziehen; außerdem hat sich Deutschland mit der Beteiligung an UNIFIL erstmals auch militärisch in der Region engagiert. Für die deutsche Seite steht allerdings bei allen Bemühungen das Existenzrecht Israels an erster Stelle. Ob dabei ein Politiker, wie der frühere Außenminister Joschka Fischer, „aus Überzeugung“ pro-israelisch ist oder nicht, spielt dabei keine Rolle. In Deutschland besteht auch Konsens darüber, daß eine Konfliktlösung im Nahen Osten nur mit den Amerikanern möglich ist. Dies sieht man auf französischer Seite nuancierter: die Deutschen sagen, ohne die USA geht es nicht, die Franzosen sagen, mit der gegenwärtigen US-Administration geht es nicht. Entscheidend ist aber, daß die Europäer glaubwürdige Konzepte vorlegen und bereit sind, sich massiv zu engagieren; dann werden auch die Amerikaner mitziehen.

Nato-Gipfel in Riga – Die Zukunft der Atlantischen Allianz

Einen Monat vor dem geplanten NATO-Gipfel am 28./29. November 2006 in Riga traf sich der Cercle Stratégique Franco-Allemand zu einer Diskussion über die Zukunft des transatlantischen Bündnisses. Nachdem diese Frage auf der ersten Tagung des Gesprächskreises im November 1998 erörtert worden war, erschien es interessant, acht Jahre später die beiderseitigen Standpunkte zu diesem Thema erneut gegenüberzustellen.

Seit 1998 hat sich die NATO deutlich verändert. Zunächst ist die Zahl der militärischen NATO-Einsätze, wie 1999 im Kosovo, deutlich gewachsen. 2006 steht die Operation in Afghanistan im Mittelpunkt der Überlegungen, wobei befürchtet wird, dass die 30 000 NATO-Soldaten zur Stützung der amtierenden Regierung nicht genügen werden. Zweitens hat die NATO ihre Erweiterung fortgesetzt und neue Partnerschaften geknüpft, so dass sich neben der Frage nach den Grenzen der Erweiterung auch diejenige nach der politischen und militärischen Rolle des Bündnisses stellt. Und schließlich wurde 1998 auf dem Gipfel von St. Malo die ESVP begründet und seither weiter entwickelt, was die Einrichtung von Beziehungen zur NATO erforderlich machte.

Auf französischer Seite ist die Situation nach eigenem Bekunden der Teilnehmer ziemlich unklar. Frankreich ist, insbesondere mit seiner Beteiligung an der NRF und seiner Präsenz im Rahmen der ACT, seit 2002 voll in der NATO involviert. Hinsichtlich der Bereitstellung von Truppen steht es heute an dritter, als Beitragszahler für den NATO-Haushalt an vierter Stelle. Gleichwohl stellt sich Frankreich viele Fragen über die Zukunft der NATO, ohne jedoch die Organisation an sich in Frage zu stellen.

Die erste dieser Fragen betrifft den geographischen Einzugsbereich der militärischen NATO-Einsätze. Die Franzosen sind nicht grundsätzlich gegen solche Einsätze, doch sei die NATO ihrer Meinung nach in bestimmten Fällen und für bestimmte Operationen nicht am besten geeignet: die NATO dürfe laut Didier Boulaud nicht zum Weltpolizisten werden.

Die zweite Frage betrifft die Art der NATO-Einsätze. Hierzu meinen die Franzosen, die NATO solle vorrangig die Großoperationen übernehmen, für die sie entsprechend ausgestattet ist, und der EU die weniger aufwändigen Operationen mit kombiniertem Einsatz ziviler und militärischer Mittel überlassen.

Des Weiteren müsse man sich – genau wie für die EU – die Frage nach den Grenzen der NATO-Erweiterung stellen. Die Länder, die bisher der NATO beigetreten sind, wie z.B. Polen, hätten dies getan, weil die NATO ihnen Sicherheitsgarantien bot, und nicht, damit die NATO sich um alle Angelegenheiten dieser Welt kümmere (Philippe Le Corre). Generell wollen die Franzosen nicht, dass die NATO ihre Einfluss- und Partnerschaftssphäre auf den gesamten Planeten ausdehnt. Die Schaffung einer breiten Allianz reicher Länder, auch wenn diese die gleichen demokratischen Werte vertreten, hätte einen stark destabilisierenden Effekt, da das atlantische Bündnis vor allem ein militärisches Bündnis sei. Deshalb sind die Franzosen gegen Partnerschaften mit Japan, Australien, Südkorea, Israel usw. Der Staatsstreich in Thailand habe sich nicht auf die Sicherheit in der Region ausgewirkt. Was aber würde passieren, wenn die NATO sich auf bestimmte Länder Asiens ausdehnen würde?

In Bezug auf das Verhältnis zwischen NATO und ESVP ist den Franzosen sehr daran gelegen, dass die NATO die Entwicklung der ESVP nicht behindert, wobei gleichzeitig die NATO und deren Nutzen keinesfalls in Abrede gestellt werden. Frankreich sperrt sich also nicht gegen Beziehungen zwischen NATO und ESVP, sofern dies mit den genannten Zielen im Einklang stehe.

Darüber hinaus stellen die Franzosen fest, dass das Bündnis nicht frei ist von Widersprüchen, wenn die Amerikaner z.B. den Europäern den Zugang zu ihrem Markt und zu bestimmten Technologien verwehren oder ihnen das Recht zu bestimmten Exporten absprechen.

Die Deutschen teilen mit den Franzosen die Sorge über die Situation in Afghanistan. Die NATO sei dort in eine Operation verwickelt, die für ihr Image schädlich sein könne. Selbst wenn ein Abzug aus Afghanistan heute nicht an der Tagesordnung sei, müsse doch eines Tages ernsthaft ein Abzug ins Auge gefasst werden. Ansonsten müsse über die zu schaffenden Voraussetzungen für eine in die richtige Richtung gehende Neuorientierung der Mission nachgedacht werden. So müsse man sich z.B. Mittel und Möglichkeiten verschaffen, das Problem der Drogenbarone anzugehen, denn die aktuellen Inhaber der Führungspositionen seien nicht diejenigen, in deren Hand wir die Führung des Landes gerne gesehen hätten. Es wurde vorgeschlagen, eine Gruppe besonders um die Situation besorgter Länder einzurichten, die nach dem Vorbild der 3+3 oder des Quartetts als Kontaktgruppe in Afghanistan wirken würde.

Von deutscher Seite wurden die Vorteile der NATO unterstrichen. Die NATO sei die Organisation, die es uns ermöglicht habe, seit 1949 in Frieden zu leben. Dieses Forum habe die Versöhnung in Europa möglich gemacht und eine Rückkehr zum Nationalismus verhindert. Die NATO sein ein Bündnis, in dem sich die Mitgliedstaaten gegenseitig kontrollieren. Deutschland, das im Verhältnis zur NATO früher ein "Sicherheitsverbraucher" war, sei heute dabei, zum "Sicherheitslieferanten" zu werden (Rainer Arnold). In der Tat ist Deutschland in Afghanistan voll involviert. Auf französischer Seite besteht wiederum volles Verständnis dafür, dass das atlantische Bündnis gegenüber Deutschland eine besondere Bedeutung hat.

Schließlich sei es der NATO zu verdanken, dass Deutschland während all der Jahre des Kalten Krieges seine Freiheit bewahren konnte.

Die Deutschen sind der Auffassung, dass die NATO ein politisches Forum sein sollte. Einige sehen den Vorteil der NATO darin, dass sie der einzige Diskussionsort zum Thema Sicherheit unter demokratischen Staaten ist, während dies bei der UNO nicht zutreffe (Markus Meckel). Diese Kriterien müssten im Übrigen auch für künftige Beitritte beibehalten werden. Kroatien, Mazedonien und Albanien könnten der NATO eines Tages beitreten, sofern sie ihre Bemühungen verstärken würden (Rainer Arnold). Für Bosnien-Herzegowina, die Ukraine und Georgien scheine die Partnerschaft für den Frieden besser geeignet. Die Deutschen sind insgesamt der Meinung, Frankreich sollte eine politische Rolle der NATO akzeptieren – wozu es momentan offenbar nicht bereit ist. Ihm Dafürhalten nach interessiert sich Frankreich nicht für eine Funktion der NATO als Gesprächsort für die Sicherheitspolitik (Markus Meckel). Allerdings sind sich die Deutschen bewusst, dass die NATO nicht zu einem allmächtigen Bündnis in dieser Welt werden darf, da dies die Spannungen nur weiter erhöhen würde.

Darüber hinaus besteht bei den Deutschen die Auffassung, dass Frankreich und die Türkei die beiden Länder sind, die die Zusammenarbeit zwischen NATO und Europäischer Union hemmen (Markus Meckel). Der "Berlin plus"-Mechanismus z.B. sei wegen der Türkei und Zypern seit 2003 blockiert. Es bleibe abzuwarten, wie die Koordinierung zwischen der NRP und den GT 1500 konkret von statten gehen wird (Johannes von Ahlefeldt).

Die Möglichkeit, alternativ auf die ESVP und die NATO zurückgreifen zu können, betrachten die Deutschen jedenfalls als Vorteil. Durch diese zweite Option, die der Europäischen Union offen stehe, werde hinsichtlich der strategischen Autonomie Pragmatismus möglich (Johannes von Ahlefeldt). Einige fragen sich daher auch, ob die Erfolge der ESVP nicht dazu angetan wären, dem politischen Europa nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages einen neuen Anstoß zu geben (Angelica Schwall Duren).

Die NATO sehen die Deutschen auch als einen Ort, wo die gemeinsamen Interessen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten konvergieren können (Markus Meckel). Auf französischer Seite besteht manchmal der gegenteilige Eindruck, dass die Vereinigten Staaten zunehmend außerhalb der NATO agieren (Didier Boulaud).

Nach deutscher Auffassung würden sich das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wie auch die Verbindungen zwischen NATO und ESVP verbessern, wenn Frankreich wieder der integrierten Militärstruktur der NATO beitreten würde (Markus Meckel, Rainer Arnold).

Unter den Franzosen herrscht dagegen die Meinung, eine solche Entwicklung brächte eine Annäherung gegenüber den amerikanischen Positionen zum Ausdruck, wie sie derzeit nicht aktuell sein könne (Jean-Pierre Maulny). Im Rahmen der internen Debatte in Frankreich sei allein Nicolas Sarkozy möglicherweise zur Annahme eines solchen Vorschlags bereit (Pascal Boniface).

Im Gesamtergebnis wirkten die deutschen und die französischen Positionen hinsichtlich NATO noch ziemlich weit voneinander entfernt, selbst wenn Frankreich seine Beteiligung innerhalb der NATO seit 2002 verstärkt hat.

15. CERCLE STRATÉGIQUE FRANCO-ALLEMAND

Berlin, 25. und 26. Oktober 2006
Hotel Maritim, Stauffenbergstr. 26, Berlin-Tiergarten

PROGRAMME

Mittwoch, 25. Oktober 2006

16H30 EUROPA AUF DEM WEG ZU EINER EIGENEN ZENTRALASIENSTRATEGIE

Gernot Erler, MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt
Pierre Morel, EU-Sonderbotschafter für Zentralasien

Moderation:
Andrea Schmitz, Stiftung Wissenschaft und Politik

Diskussion

Donnerstag, 26. Oktober 2006

9h00 DIE KRISE IM NAHEN OSTEN

André Gärber, Leiter des Nahost-Referats, FES
Pascal Boniface, Leiter des IRIS

Moderation :
Winfried Veit, Leiter des Pariser Büros der FES

Diskussion

11h00 NATO-GIPFEL IN RIGA – DIE ZUKUNFT DER ATLANTISCHEN ALLIANZ

Rainer Arnold, MdB, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Didier Boulaud, Senator und Bürgermeister von Nevers

Moderation :
Jean-Pierre Maulny, stellvertretender Leiter des IRIS

Diskussion